

## Deckungsfrage und Imperialismus.

Von Ant. Pannicoel.

### I.

Die Steuerdebatte auf dem Parteitag und die Annahme der Resolution Wurm hat in der Deckungsfrage keine Klärung gebracht. Statt einer grundsätzlichen Diskussion darüber, wie das Proletariat sich zu den Steuern, namentlich den Besitzsteuern, die der Staat für seine wachsenden Bedürfnisse, besonders für den Militarismus fordert, zu stellen hat, war die rasch abgeschlossene Debatte nichts als — nach der richtigen Bezeichnung Südekums — eine „erweiterte Fraktionsitzung“; sie war fast nur eine Wiederholung der Auseinandersetzungen, die drei Monate früher in der Fraktion stattfanden. Das soll kein Vorwurf nach irgend einer Seite sein; es ist unvermeidlich, daß in einem solchen Falle, wo eine konkrete, zuvor heißumstrittene Entscheidung der Fraktion vorliegt, diese die ganze Debatte beherrscht. Aber damit ist zugleich gesagt, daß die theoretische, die grundsätzliche Seite der Frage zu kurz kommen mußte. Praktisch ist die Sache entschieden worden; der Parteitag hat, wie nicht anders zu erwarten war, diese praktische Klärung gebracht, daß man eine proletarische Partei unmöglich dazu bringen kann, selbst dazu mitzuwirken, daß die Lasten des Volkes erschwert werden. Die Mehrheit hinter dieser Auffassung ist sogar noch größer als die Mehrheit, die der Resolution Wurm zustimmte, da einige Delegierte wegen deren theoretischer Unzulänglichkeit gegen sie stimmten, die noch viel schärfer dem Standpunkt der Resolution Geher gegenüberstanden. Aber die theoretische Klärung ist dabei der Zukunft überlassen geblieben. Daß hier in der Tat noch einiges zu klären ist, ergibt sich am besten aus der Tatsache, daß der Jenaer Beschluß von fast allen Seiten in dem Sinne aufgefaßt wird, daß der opportunistischen Praxis des kleineren Übels das Prinzip geopfert wurde. Daß diese Auffassung unrichtig ist, wird sich aus dem Folgenden ergeben.

Das Eigentümliche der Situation auf dem Parteitag lag darin, daß die beiden Resolutionen, um die gekämpft wurde, sich nur praktisch gegenüberstanden, während sie prinzipiell auf dem gleichen Boden standen. In der Resolution Geher wird das regelnde Grundprinzip unserer Stellung zur Deckungsfrage folgendermaßen ausgesprochen:

Alle Gesetzesvorlagen, die zur Stärkung des Militarismus dem Reichstag vorgelegt werden, also auch Steuervorlagen, die zur Deckung der Kosten des Militarismus eingebracht werden, sind, ob sie direkte oder indirekte Steuern fordern, abzulehnen.

In der Resolution Wurm wird gesagt:

In gleicher Weise ist auch jede direkte Steuer, selbst wenn sie allein den Mehrwert trifft, von unseren Genossen abzulehnen, falls der Verwendungszweck den Interessen der Arbeiter widerspricht, es sei denn, daß...

Und dann folgen die Ausnahmen; da diese Ausnahmen fast immer vorhanden sind oder vorhanden zu sein scheinen, läuft praktisch der ganze Satz auf die Zustimmung zu solchen direkten Steuern hinaus. Aber worauf es hier ankommt: diese praktische Zustimmung erscheint in der Resolution Wurm als ein durch praktische Notwendigkeit gebotener Bruch des Prinzips. Er

unterstreicht das in seinem Referat noch besonders, indem er nach der Verlesung dieses Satzes ausführte: „Also die Regel ist die Ablehnung, die Ausnahme ist die Zustimmung unter bestimmten Bedingungen.“ Stellt man daneben noch diese anderen Stellen des Referats: „Wir müssen uns entscheiden zwischen dem größeren und dem kleineren Übel,“ oder: „Es handelt sich bei meiner Resolution nur darum, zu zeigen, daß nicht eine Frage des Prinzips, wie wir uns in solchem Falle zu verhalten haben, sondern eine Frage taktischer Erwägungen gegenüber der (Besitz-) Steuer vorliegt“ — so wird vollends klar, daß auch nach der Resolution Wurm eine Ablehnung direkter Steuern, die für den Militarismus dienen, eigentlich unserem Prinzip entsprechen würde. In dem Kampfe zwischen den beiden Resolutionen war die Frage also folgendermaßen gestellt: „Was muß ich wagen für uns wiegen, eine Benachteiligung der Volksmassen oder die Verletzung unseres Prinzips?“ Oder wie die Genossin Luxemburg es ausdrückte: „Was ist das kleinere Übel? Der Verlust einer kleinen positiven Konzession oder die Preisgabe unserer Grundsätze?“ Bei dieser Sachlage war es begreiflich, nicht nur, daß die Mehrheit sich gegen die Benachteiligung der Volksmassen entschied, sondern auch, daß die Mehrheit der entschiedenen Radikalen sich für das Prinzip erklärte. Denn sie konnte in dieser Streitfrage nichts anderes als eine Neuauflage der früheren Vorstöße des Revisionismus erblicken, die auch immer in der Form der Verteidigung direkter Arbeiterinteressen gegenüber überkommenen Dogmen aufgetreten waren.

Nun muß es aber jedem klar sein, daß ein solcher Gegensatz zwischen Arbeiterinteresse und sozialistischem Prinzip in Wirklichkeit nicht bestehen kann. Unsere Grundsätze sind keine abstrakten Formeln, auf die wir eingeschworen sind, sondern aus Wissenschaft und Erfahrung geschöpfte allgemeine Regeln, wie die Arbeiterklasse ihre Interessen am besten vertritt. Wir kämpfen für eine prinzipielle Taktik, weil diese Taktik der Arbeiterklasse die größten Vorteile und Erfolge sichert. Nicht nur für die sozialistische Zukunft, sondern auch unter dem Kapitalismus. Das Wesen des sozialistischen Klassenkampfes ist die untrennbare Einheit vom Kampfe für den Sozialismus und von der Vertretung aller direkten Interessen des Proletariats. Nur dadurch, daß die Partei für alle augenblicklichen Interessen der Arbeiterklasse kämpft, ist sie die Partei des Proletariats, die Partei der Massen, und kann sie den Sieg erringen. Der Gegensatz zwischen prinzipieller und reformistischer Taktik liegt nach unserer Auffassung darin, daß die reformistische Taktik sich zu viel durch die nächstliegenden Interessen, durch Augenblickserfolge und Scheinerfolge bestimmen läßt und ihnen die innere Macht des Proletariats opfert, während die prinzipielle marxistische Taktik, weil sie vor allem die Steigerung der proletarischen Macht ins Auge faßt, damit auch die größten positiven Erfolge sichert, denn diese Erfolge, die alle Konzessionen der besitzenden Klasse sind, hängen in erster Linie von der Macht des Proletariats ab. In allen praktischen Streitfällen, wo Revisionismus und Radikalismus aufeinanderprallten, handelte es sich um diese Gesichtspunkte, und sie müssen auch bei der Beurteilung neuer Streitpunkte wie jetzt in der Deckungsfrage maßgebend sein.

Die Streitfrage ist in der Tat in der oben gegebenen Form, wie sie dem Parteitag vorgelegt worden war, als Wahl zwischen Arbeiterinteresse und

Prinzip, ganz unrichtig gestellt. Die gemeinsame prinzipielle Grundlage der beiden Resolutionen ist falsch. Es ist unrichtig, daß das sozialistische Prinzip von der Partei fordern würde, gegen jede für den Militarismus bestimmte direkte Steuer zu stimmen, und daß sie dann aus praktischen Rücksichten dieses Prinzip in die Ecke werfen muß. Wir haben deshalb auch gegen die Resolution Wurm gestimmt, weil sie eine Haltung, die unseres Erachtens Gebot einer prinzipiellen Taktik des Klassenkampfes ist, als einen opportunistischen Bruch unseres Prinzips darstellt. Wir haben das schon in unserem vorigen Artikel hervorgehoben, wo wir darlegten, daß die Partei nicht einfach alle direkten Steuern für den Militarismus ablehnen kann, sondern daß die Zustimmung oder Ablehnung davon abhängen muß, in welchem Maße diese Steuern einen Schritt zur Verwirklichung unserer Programmforderung, die Kosten des Staates aus dem Mehrwert zu bezahlen, darstellen — daß aber die Ablehnung unbedingt geboten ist, sogar auf die Gefahr indirekter Steuern hin, wenn ihre Annahme eine Vorbedingung zum Zustandekommen neuer Militärvorlagen ist. Wir wollen jetzt den Versuch machen, für die Streitfrage der Deckung eine theoretische Grundlage zu finden, indem sie von dem weiten Gesichtspunkt des allgemeinen proletarischen Klassenkampfes betrachtet wird.

## II.

Genosse Wurm hat einen Versuch zur theoretischen Beantwortung der Frage gemacht, wann wir dem Kapitalismus Steuern bewilligen dürfen, indem er die „volkswirtschaftliche Antwort“ gab: „Nur dann, wenn sie verwendet werden zur Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte oder zur Erhaltung der für die Gemeinsamkeit erforderlichen Arbeitskräfte.“ So wichtig nun dies volkswirtschaftliche Moment, dem auch Renner in seiner bekannten Broschüre einen wichtigen Platz einräumt, für die technische Beurteilung einzelner Steuern und Ausgaben ist, so kann es uns doch für unsere taktische Stellungnahme nicht genügen. Es steckt darin zuviel von dem Gedanken an einen vernünftigen abstrakten Kapitalismus, der nur an die Entwicklung der Produktivkräfte und die Schonung der Arbeitskräfte denkt, im Gegensatz zu dem wirklichen unvernünftigen Kapitalismus. Die „volkswirtschaftliche Antwort“ wäre für einen weitblickenden, vorurteilslosen bürgerlichen Sozialreformer genau so gut maßgebend wie für uns; unsere Partei würde nur als sozialreformerische Partei erscheinen, die besser weiß als die Bourgeoisie selbst, wie diese ihren Kapitalismus einzurichten habe. In Wirklichkeit sind wir keine Vormünder der Bourgeoisie, deren Kampf gegen volkswirtschaftliche Vergeudung und kapitalistische Unvernunft gerichtet ist, sondern eine Partei des Klassenkampfes. Nur der Klassenkampf kann eine richtige Grundlage zur taktischen Stellungnahme in der Steuer- und Deckungsfrage bieten.

Der Klassenkampf in seiner allgemeinsten umfassendsten Form ist heute der Kampf gegen den Imperialismus. Auf dem Chemnitzer Parteitag hat im vorigen Jahre eine erste Orientierung über den Imperialismus stattgefunden, die anknüpfend an die Abrüstungsfrage vor allem allgemeiner und theoretischer Natur war. Wie wenig tief aber diese Einsicht in die Partei eingedrungen war, zeigte sich, als der gewaltige Vorstoß des Imperialismus, die Militärvorlage von 1913, uns mitten in seine Praxis stellte. Daß in der

ganzen Debatte über die Deckungsfrage das Wort Imperialismus sogar nicht einmal genannt worden ist, beweist schärfer als alles andere, wie sehr die Theorie dabei zu kurz gekommen ist. Denn ein prinzipieller Standpunkt ist nur zu gewinnen, wenn man die Deckungsfrage aus dem großen Gesichtspunkt des Kampfes gegen den Imperialismus betrachtet. Während man mit dem Begriff des Verwendungszweckes in abstrakten Formeln und phantastischen Beispielen stecken bleibt,<sup>1</sup> stehen wir bei der Heranziehung des Imperialismus mitten in der gewaltigsten Praxis der realen gesellschaftlichen Entwicklung.

Mit Imperialismus bezeichnen wir die Politik und die Ideologie des modernen Kapitalismus. Durch diesen besonderen Namen wird angedeutet, daß der Kapitalismus sich nicht einfach qualitativ gleichbleibt und bloß riesigere Formen annimmt, während er zugleich durch die wachsende Macht des Proletariats ausgehöhlt wird, sondern daß eine Entwicklung zu neuen Formen stattfindet, die durch ein aktives Streben der Bourgeoisie getragen und getrieben wird. Ausgehend von den Interessen des kartellierten und in den Banken konzentrierten Großkapitals, reißt dieses Streben immer mehr alle anderen Schichten der Bourgeoisie mit. Die Politik der Bourgeoisie ist also nicht einfach negativ, auf Abwehr gegen den Sozialismus beschränkt, sondern sie hat positive vorwärts gerichtete Ziele, die Ziele der Weltpolitik, und deshalb treibt sie die herrschende Klasse zur angestrengten Aktion und begeistert die Intelligenz durch die Ideologie von Weltmacht, Herrrentum und Kraftentfaltung. Die Notwendigkeit dieser Weltpolitik für das moderne Großkapital ist so untwiderstehlich, daß alle Vernunft aus der Zeit des Kleinkapitalismus dagegen machtlos wird; die Losungen des friedlichen Wettbewerbs der Staaten, der vernünftigen Sozialreform zur Wahrung des inneren Friedens, der Sicherung des Weltfriedens durch Verträge, der Widersinnigkeit des Wettrüstens, sie haben in der bürgerlichen Welt nichts Wesentliches mehr hinter sich.

Aber zugleich legt die imperialistische Politik einen immer schwereren Druck auf die Volksmassen. Während der Imperialismus die besitzende Klasse immer fester zusammenschmiedet, sie vor seinen Karren spannt und jeden aus kleinkapitalistischer Tradition stammenden Widerstand beseitigt, erwächst in den ausgebeuteten Massen unter seinem Drucke steigende Empörung. Während er vorwärtsstürmt, um für Deutschland eine Weltposition zu erobern, und dazu alle Kräfte des Volkes aufs stärkste anspannt, stachelt er die Massen viel stärker und allgemeiner gegen sich auf, als der einfache Kapitalismus es vermocht hätte. Die zahllosen Arbeiter, die eine sich gleichbleibende Ausbeutung ohne Murren ertragen würden, ohne auf die sozialistische Agitation viel zu achten, werden durch die Verschlechterung ihrer Lage infolge der Teuerung und des Widerstandes der Unternehmerverbände gegen Lohnerhöhungen erbittert und durch die großen Aussperrungen aufgerüttelt. Die breitesten Volksmassen werden durch die steigenden Militär-

<sup>1</sup> Weil keiner von uns den Satz aufgestellt hat, daß der Verwendungszweck gleichgültig ist — was eine ebenso unbrauchbare Formel sein würde —, wird das Beispiel der Kriegskosten hinfällig.

lasten, namentlich durch die indirekten Steuern — wie es die Wucherzölle von 1902 und die Finanzreform von 1909 bewiesen haben — zur Opposition getrieben. Die welthistorische Bedeutung des Imperialismus liegt darin, daß er viel schneller und gründlicher, als es sonst der Fall sein würde, die Volksmassen gegen den Kapitalismus mobil macht.

Was soll dabei die Aufgabe und die Taktik der Sozialdemokratie sein? Durch ihre Einsicht in die ökonomischen Quellen des Imperialismus weiß sie, daß sie seine fortschreitende Entwicklung nicht aufhalten kann. Konnte das früher, bei den ersten Anfängen dieser Politik, möglich erscheinen, als noch große Teile der Bourgeoisie ihm Opposition machten, so ist in den letzten Jahren von dieser Opposition nichts mehr zu sehen. Soll das nun bedeuten, daß der Kampf gegen ihn überhaupt unfruchtbar und nutzlos geworden ist? Nein; dieser Kampf hat nur ein anderes Ziel bekommen. Der Kampf gegen den Imperialismus hat nicht das Ziel, seine Entwicklung aufzuhalten, sondern die Massen gegen ihn zu mobilisieren. Indem unsere Partei bei seinem Vordringen um jeden Fußbreit mit ihm kämpft und ihm den zähesten Widerstand leistet, werden die weitesten Volksschichten aufgerüttelt, in den Kampf gezogen und aufgeklärt; um unsere Partei sammeln sich die Massen, die durch den Druck des Imperialismus rebellisch gemacht werden; sie wird zur Führerin, die diesen Massen den Weg zum erfolgreichen Kampfe zeigt. So bildet sich durch den Kampf gegen den Imperialismus die organisierte Massenmacht, die den Kapitalismus beseitigen wird. Auf diesem Grundgedanken beruht die Kritik, die aus Anlaß der Militärvorlage gegen Parteileitung und Fraktion laut geworden ist; das Argument, daß die Annahme der Militärvorlage doch nicht zu verhindern war, und daß deshalb alle Kraft auf die Deckungsfrage konzentriert werden muß, ist von diesem Gesichtspunkt aus hinfällig; umgekehrt hätte alles getan werden müssen, die Annahme der Wehrvorlage zu erschweren und zu hindern, denn nur dadurch wäre ein möglichst großer, bleibender Gewinn in der Aufklärung der Massen erzielt worden.

Ein solcher Kampf, der als Ziel hat, die Massen aufzurütteln und zu organisieren, kann nur in der Weise stattfinden, daß er sich gegen alle Lasten und Schäden richtet, mit denen der Imperialismus die Massen bedrückt. Er kann nicht gegen den Imperialismus in abstracto geführt werden, indem man einfach der herrschenden Klasse die Verantwortlichkeit für die speziellen Maßnahmen überläßt. Er muß an jeden konkreten Fall, wo diese Politik die Massen schwerer belastet, anknüpfen und mit aller Macht versuchen, diese Belastung zu verhindern; nur dadurch, daß die Sozialdemokratie fortgesetzt jede Erschwerung des Druckes auf die Massen zu verhindern sucht, kann sie die Massen um sich sammeln. Und unter diesen Lasten stehen die indirekten Steuern mit an erster Stelle. Die Erfahrung hat bewiesen, wie gerade die Erschwerung des Steuerdruckes die Massen immer am gewaltigsten aufgerüttelt, in unser Lager getrieben und damit die Macht des Imperialismus innerlich untergraben hat.

Aus dieser Betrachtung ergibt sich unzweideutig, wie unhaltbar der Standpunkt ist, die Sozialdemokratie solle sich — aus dem angeblichen „Prinzip“ heraus, daß der Verwendungszweck, die Stärkung des Militarismus,

uns die Zustimmung zu einer solchen Steuer verbiete — in der Frage, ob Besitzsteuern oder Verbrauchssteuern, einfach neutral verhalten und der Bourgeoisie die Entscheidung überlassen. Könnten wir damit die weitere Stärkung des Militarismus verhindern, so hätte diese Stellungnahme einen gesunden Sinn, denn die Steuerlasten sind immer nur ein Teil der Gesamtlasten des Militarismus. Aber gerade weil wir einsehen, daß die Stärkung der Militärmacht eine Notwendigkeit für das Großkapital ist, das sich gewaltsam Weltmacht erobern will, wissen wir, daß darauf nicht mehr oder nur sehr ausnahmsweise zu rechnen ist. Die Bourgeoisie kann sich dabei sagen: Legen wir den Volksmassen für diesen notwendigen Zweck immer schwerere Steuerlasten auf, so werden sie rebellieren und zu der Sozialdemokratie gehen; deshalb müssen wir uns hüten und selbst einen Teil der Kosten tragen. Aber die Partei des Proletariats kann darauf nicht antworten: Damit dieser böse Plan bereitet wird, wollen wir, die Arbeiter, die Kosten auf uns nehmen. Dies wäre nicht nur innerer Widersinn, sondern hätte noch dazu nicht die geringste Bedeutung als Kampfmittel gegen den Imperialismus; wenn den Volksmassen die Kosten einer Rüstungsvermehrung nicht von der Bourgeoisie aufgebürdet werden, sondern von sich selbst, von ihren eigenen berufenen Vertretern, indem diese die direkten Steuern ablehnen, wird der Fortschritt des Imperialismus damit nicht erschwert, sondern erleichtert. Daher kann die Richtlinie für unsere Taktik in dem Kampfe gegen den Imperialismus keine andere sein als diese: seinen Druck auf die Massen möglichst zu erleichtern suchen und gegen jede Erschwerung dieses Druckes mit aller Macht anzukämpfen. Daß dies nicht in sich schließt, unbesehen für jede Besitzsteuer zu stimmen, die die herrschende Klasse uns als solche präsentiert, ist schon in unserem früheren Artikel hervorgehoben worden.

\* \* \*

Der Imperialismus stellt die Partei vor neue große Probleme, deren Lösung das Zusammenwirken aller geistigen Kräfte der Partei, das Hand-in-Handarbeiten von Theorie und Praxis erfordert. Zweierlei Art sind diese Probleme. Erstens kommt die Frage, wie die sich organisierenden Arbeitermassen gegen ihn ankämpfen und vorwärtsdringen können: die Frage der Massenaktionen. Daß ohne Massenaktionen das Proletariat keinen wesentlichen Schritt vorwärts auf dem Wege zur Macht machen kann, und daß sie das einzige Mittel zur Abwehr scharfer Angriffe oder großer plötzlicher Gefahren bilden, ist heute schon ziemlich Gemeingut der Partei geworden. Wie sich diese Massenaktionen in einem Lande mit hochentwickelter Organisation ausgestalten und welche Wirkung sie auf die Organisation selbst haben werden, darüber wird heiß gestritten, darüber herrscht noch keine Klarheit, und Aufgabe der Theorie ist es, hier Klarheit zu schaffen, soweit diese ohne die Hilfe der praktischen Erfahrung möglich ist. Zweitens kommt die Frage der parlamentarischen Taktik. Wie sehr hier eine Neuorientierung vom großen Prinzip des Klassenkampfes heraus nötig ist, dafür ist die Debatte über die Deckungsfrage ein Schulbeispiel. Als Kampfmittel gegen den Imperialismus hat der parlamentarische Kampf noch eine breitere Aufgabe als die sozialistische Schulung der Massen. Er hat engste Fühlung mit den Massen zu nehmen; er muß diese Massen einerseits aufrütteln und

sammeln, aus ihrem Auftreten andererseits selbst wieder erhöhte Kraft schöpfen und ihrer Aktion als Mundstück dienen. Dieses Handinhandarbeiten mit den Massen, dieses Sichorientieren an der Aktion der Massen, um dieser Aktion selbst wieder Richtlinien zu geben, das ist die naturgemäße Rolle unserer parlamentarischen Vertretungen im Zeitalter des Imperialismus und der Massenaktionen. Nur von diesem Gesichtspunkt aus kann für die Streitfragen der parlamentarischen Taktik die richtige Lösung gefunden werden.

## Die Arbeitslosenversicherung in Großbritannien.

Von J. Sachs (London).

(Schluß.)

Wir kommen nun zu der Frage der Mitwirkung der Gewerkschaften. Daß die staatliche Arbeitslosenversicherung mit der Mitwirkung der Gewerkschaften vereinbar ist, dafür ist das englische System ein lebender Beweis. Alle Gewerkschaften der versicherungspflichtigen Gewerbe, nämlich 105 Organisationen mit insgesamt etwa 539 775 versicherungspflichtigen Mitgliedern, haben laut Vereinbarung mit dem Handelsministerium die Verwaltung der staatlichen Arbeitslosenversicherung für ihre versicherungspflichtigen Mitglieder besorgt. Die Gewerkschaften beteiligten sich also an der Versicherung von rund 25 Prozent aller versicherungspflichtigen Arbeiter, und durch ihre Vermittlung wurden ebenfalls etwa 25 Prozent aller Unterstützungsbeträge, nämlich 52 662 Pfund Sterling ausgezahlt. Über die Frage, ob ein Zusammenarbeiten von Staat und Gewerkschaften auf diesem Gebiet möglich ist, brauchen wir also weiter kein Wort zu verlieren.

Anderes steht es mit der Frage, ob und inwiefern die Mitwirkung der Gewerkschaften zum Erfolg der staatlichen Arbeitslosenversicherung unentbehrlich ist.

Als die englische Regierung die Gewerkschaften zu der Verwaltung der Arbeitslosenversicherung zuließ, wurde sie dabei offenbar von dreierlei Erwägungen geleitet, von politischen, verwaltungstechnischen und finanziellen. Die politischen Rücksichten bedürfen keiner näheren Erläuterung. Die völlige Ausschaltung der Gewerkschaften hätte das Mißtrauen und den Widerstand derselben gegen das Gesetz herausgefordert, sie hätte ihnen die Überzeugung beigebracht, daß beabsichtigt sei, ihnen den Boden abzugraben. Dieser Auffassung mußte die Regierung unbedingt Rechnung tragen, wenn sie das System erfolgreich durchführen wollte, denn die englische Gewerkschaftsbewegung ist genügend mächtig, sich der Ignorierung ihrer Interessen widersetzen zu können.

Aber die Regierung hielt es außerdem noch für ratsam, bei der anfänglichen Durchführung so großer und neuer verwaltungstechnischer Aufgaben einen Stützpunkt bei den Gewerkschaften zu suchen. Es ist immer daran zu denken, daß die erfolgreiche Durchführung einer Arbeitslosenversicherung zwei große Leistungen zur Voraussetzung hat: eine wirksame Kontrolle der Arbeitslosen und einen wirksamen Arbeitsnachweis. Die englische Verwaltung hatte trotz der Vorarbeit der Arbeitsbörsen offenbar ihre Zweifel, ob sie allein diesen beiden Aufgaben sofort gerecht werden